

Dieter Wiedemann

Rechtsorientierung und Medieneinfluss.

Schlaglichter

Der Überschrift „Rechtsorientierung und Medieneinfluss“ liegt die Annahme zugrunde, dass es einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen der Struktur der Massenmedien und der Entwicklung des Rechtsradikalismus in Deutschland gibt. Ausgehend von der Feststellung Luhmanns, dass das, „was wir über die Welt, in der wir leben wissen, wir durch die Massenmedien (wissen)“ (Luhmann 1996, 9), soll im Folgenden untersucht werden, inwieweit die verschiedenen Massenmedien den gesellschaftlichen Teilzustand Rechtsradikalismus spiegeln bzw. sich als ideologische Bedeutungsträger mit ihm auseinandersetzen?

Es geht also um Massenmedien als Orte, an denen Vorstellungen über Rechtsradikalismus/-extremismus artikuliert und transformiert werden, und es geht auch um deren spezifischen „Orts“funktionen, wie z.B. Ort der Huldigung oder Kritik, der Auseinandersetzung oder Unterstützung, der Argumentation oder der Schlagworte...

Das Diskursfeld Medien und Rechtsradikalismus steht – von einer historisch orientierten Faschismusdebatte einmal abgesehen – seit etwas mehr als einem Jahrzehnt mehr oder weniger im Zentrum von Politik, Medienwissenschaft und Alltagsdiskussionen. Der Diskurs ist vielgestaltig und kontrovers und damit schwierig zu bewerten.

Unter der Zielstellung, medienpädagogische Konsequenzen aus dem Diskursfeld Medien und Rechtsradikalismus ableiten zu können, sollen die folgenden Aspekte angesprochen werden:

1. Mediale Berichterstattungen rechtsradikaler Erscheinungen zwischen Sensationsjournalismus und Hintergrundberichten: Schwierigkeiten der Bewertung
2. Rückblick auf die filmische Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen in den neunziger Jahren – vom Versagen der Gesellschaft
3. Das Internet als rechtsfreie Plattform des Rechtsradikalismus?

1: Mediale Berichterstattungen rechtsradikaler Erscheinungen zwischen Sensationsjournalismus und Hintergrundberichten: Schwierigkeiten der Bewertung

Sebnitz und Düsseldorf, Eberswalde und Rostock, Mölln und Solingen: Die Berichterstattung über die mit diesen Städten verbundenen Ereignisse zeigt, wie dies auch andere Medienberichte von Aufmärschen, Friedhofsschändungen und Jugendkrawallen etc. tun,

dass ein tatsächlicher oder vermuteter Rechtsradikalismus (Sebnitz/ Düsseldorf) auf der Agenda der Medien ziemlich weit oben steht, d.h. von diesen aufmerksam registriert wird. Selbst nach dem ersten medialen Weltereignis des 21. Jahrhunderts – den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA – haben sogar die verqueren Äußerungen eines ehemaligen RAF-Verteidigers und heutigen Neofaschisten oder eine „Anti-Kriegs-Demonstration“ von ein paar Hundert Rechtsradikalen noch einen Nachrichtenwert. Getreu dem ersten Gebot für Journalist/innen: Hund beißt Mann ist keine Nachricht, aber Mann beißt Hund ist eine, wurde und wird dieses Thema immer wieder an spektakulären Ereignissen fest gemacht.

Ein Ergebnis dieser Boulevardisierung des Themas ist, dass Rechtsradikalismus sowohl als untauglicher Erklärungsversuch für nicht gelöste gesellschaftliche und private Probleme gebraucht, als auch als ein tatsächliches gesellschaftliches Problem erkannt wird, dessen Diskurs aber gegenwärtig etwas einseitig von den tagesaktuellen Medien bestimmt scheint. Die folgenden Beispiele, die alle dem Netz entnommen sind, sollen die aktuelle Diskursituation in Sachen Rechtsradikalismus nach dem 11. September 2001 illustrieren: Das erste Beispiel ist ein Brief des n-tv-Geschäftsführers an den Intendanten des NDR anlässlich eines Interviews mit eben dem Rechts-Anwalt Horst Mahler:

„...“

Berlin, den 21. September 2001

Sehr geehrter Herr Plog,

liebe Kollegen der Panorama-Redaktion,

mit zunächst ungläubigem Staunen und dann großem Entsetzen habe ich gestern abend im NDR-Panorama den Auftritt des bekannten Rechtsextremisten Horst Mahler verfolgt. Dieser hat die Plattform eines öffentlich-rechtlichen Magazins natürlich und vorhersehbar dazu benutzt, seine terrorfreundlichen und antisemitischen Äußerungen, die durch die Nachrichtenagenturen bekannt waren, nochmals zu formulieren.

Es gibt meiner Ansicht nach keinerlei journalistische Rechtfertigung für die beispiellose Propaganda eines Rechtsextremen zur besten Sendezeit. Natürlich distanziert sich jeder vernünftige Journalist von derartigen Stellungnahmen, aber der Bericht hat keineswegs klar gemacht, warum Herrn Mahler diese Öffentlichkeit gegeben wurde. Weltweit bemühen sich alle verantwortungsbewussten Verlage und Fernsehsender, extremistischen und menschenverachtenden Content aus dem Internet fernzuhalten, in Deutschland aber wird dieses Gedankengut im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verbreitet.

Ich fordere Sie auf, diese Sendung und jedenfalls diese Stellungnahmen nicht zu

wiederholen, und glaube, dass im Moment alle deutschen Fernsehsender gut daran täten, sich zu verpflichten, derartige Figuren aus ihrem Programm fernzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Brandstätter Geschäftsführer“

Dr. Brandstätter spricht hier ein Problem an, dass die Debatte (Rechts-)Radikalismus und Medien wie ein roter Faden durchzieht, nämlich die Frage, inwieweit durch mediale Darstellungen von – zu kritisierenden – Personen und/ oder Ereignissen/ Ideen diese einfach eine Plattform dadurch bekommen, dass sie in den Medien präsent sind („Medien als Ort“). Das Konstrukt der „Schweigespirale“ könnte hierzu einen theoretischen Bezugsrahmen darstellen.

Das zweite Beispiel:

„Rechtsextremisten verbrennen US-Flagge bei Trauerkundgebung
Stralsund (AP) Während einer Trauerdemonstration in Stralsund für die Terroropfer in den USA haben Rechtsextremisten am Samstag eine US-Flagge verbrannt. Zivile Sicherheitsbeamte schritten sofort ein, konnten die Verbrennung aber nicht mehr verhindern, wie die Polizei in der vorpommerschen Hansestadt mitteilte. Bei den Tatverdächtigen handele es sich um sieben namentlich bekannte Angehörige der rechtsextremistischen Szene.

Aus dieser Gruppe heraus entzündeten den Angaben zufolge ein 37-Jähriger und ein 20-Jähriger die USA-Flagge. Gegen sie sei Anzeige erstattet worden. Sie befinden sich zunächst wieder auf freiem Fuß...“.

Das dritte Beispiel:

„Deutsche Neonazis begrüßten Anschläge – Überlappende Feindbilder – Aber ideologische Gräben unüberwindbar

Von AP-Korrespondent Roland Losch

München (AP) Die deutschen Rechtsextremisten haben auf die Anschläge in den USA ganz gegensätzlich reagiert. Der «Nationale Widerstand» jubelte und solidarisierte sich mit «Opfern des US-Imperialismus» in Arabien. Auch die NPD äußerte Verständnis. Dagegen bekannte die DVU Solidarität mit den Opfern in den USA und beklagte, dass Deutschland arabische Terroristen ins Land gelassen habe.

Doch nicht alle Beileidsbekundungen seien zum Nennwert zu nehmen, sagte der Sprecher des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, Frank Dittrich: ‚Oft herrscht klammheimliche Freude...‘

Dittrich zufolge übernehmen Rechtsextremisten schon seit längerem ideologische Versatzstücke von Linksextremisten. Es gebe gemeinsame Begriffe und punktuell auch gemeinsame Feinde – zum Beispiel die USA. So verbrannten Neonazis in Stralsund das Sternenbanner. Auf der Internetseite des ‚Nationalen Widerstandes‘ ist zu lesen: ‚Die Völkermordzentrale Pentagon schwer getroffen, der World Trade Center ruht in Schutt und Asche das Symbol der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung ist gefallen!‘ Nach den Kriegen ‚gegen freie Völker im Irak, Serbien, Vietnam und anderswo‘ hätten die Amerikaner nur ‚einen Schluck von der eigenen Medizin verabreicht‘ bekommen, höhnten die Neonazis.

Wie linke Antifa-Gruppen oder das ‚Bündnis gegen Rassismus‘ warnte auch die NPD sofort vor einer Eskalation der Gewalt durch amerikanische Vergeltungsschläge und vor einer Beteiligung der Bundeswehr. Kein deutsches Blut für die Ziele des US-Imperialismus, forderte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und kündigte an: ‚Die NPD wird sich an die Spitze einer neuen deutschen Friedensbewegung und aller Globalisierungsgegner setzen.‘

Dittrich betonte aber, die Überlappungen seien ungewollt. Die ideologischen Gräben seien enorm: ‚Unvorstellbar, dass Funktionäre der DKP und der NPD gemeinsam gegen die USA demonstrieren.‘ ...

Zwischen arabischen und rechten Extremisten dagegen gebe es in Einzelfällen Kontakte. So habe sich der NPD-Aktivist und frühere RAF-Terrorist Horst Mahler mit Islamisten solidarisiert. Der Schweizer Rechtsextremist Ahmed Huber halte Vorträge in Teheran, und beim Europakongress der Jungen Nationaldemokraten im Dezember habe er über den ‚Islam und die neue Rechte‘ gesprochen. Und die NPD äußerte schon im Voraus Verständnis für mögliche Dschihad-Anschläge in Deutschland: ‚Die Rolle, die die BRD bei der Unterstützung zionistischer Gewaltverbrechen und NATO-Kriegsverbrechen spielt, ist den Opfern dieser Politik nur allzu gut bekannt.‘

Dagegen schmückte die DVU ihr Werbeflugzeug im Hamburger Wahlkampf mit einem Trauerflor – «der unschuldigen Opfer der Anschläge in den USA eingedenk». Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey nahm nicht die USA, sondern die Ausländerpolitik ins Visier: Dass Hamburg zu einem Stützpunkt für Attentäter werden konnte, sei ‚ein politisches Verbrechen‘.

Natürlich soll mit solchen Beiträgen wahrscheinlich zuallererst auf eine Solidarität der Demokraten orientiert werden und geht es um eine Erfüllung des Informationsauftrags durch die Medien.

Gleichzeitig weisen solche Meldungen rechtsextremistischen Gruppen/ Ideen/ Taten aber eine gesellschaftliche Bedeutung zu, indem sie das, was diese tun bzw. sagen, als mitteilenswert präsentieren. Und da zu den verbreiteten impliziten Medientheorien bei den potenziellen Rezipient/innen ganz sicher jene gehört, dass in den Medien nur von diesen als bedeutungsvoll erkannte Informationen ausgewählt und verbreitet werden, schließt sich hier der Kreis wieder.

Ein Ausdruck dieser Problematik ist m.E. eine Randerscheinung dieses Themas, die in einer durchaus fatalen Weise Konsequenzen des medial geführten gesellschaftlichen Diskurses zeigt: Seit ein paar Jahren gibt es in den Medien nicht selten auch Berichte darüber, dass aus unterschiedlichen Gründen Opfer behaupten, von rechtsextremen Jugendlichen misshandelt worden zu sein, später dann aber angeben, diese Misshandlungen vorgetäuscht zu haben, z.B., um Aufmerksamkeit zu erregen oder von eigenem Fehlverhalten abzulenken.

Wichtiger für die Diskussion des Themas sind allerdings die folgenden Sachverhalte:

„Wir hatten ja einen unglaublichen Zulauf von Journalisten weltweit. Wir haben die Medien bewusst genutzt, ein einträgliches Geschäft. Die Medien wollten was von uns und mussten für ihre Geschichten bezahlen. Interviews vor der Kamera kosteten 1.000 Mark, Radio-Interviews 500. Davon wurde die Organisation zum einem finanziert, zum anderen haben wir davon gelebt“.

Dies eine Äußerung von Ingo Hasselbach, Ex-Neonaziführer, in Wieland Backes „Nachtcafé“ zum Thema Rechtsradikalismus und Medien – und später, eine weitere Frage von Wieland Backes beantwortend, formuliert er weiter:

„Das war eine sichere Finanzierungsquelle für Propagandamaterial und alles, was wir machen wollten“ (zitiert nach: Zabka 2001).

Nun ist das Thema „Bezahlung von Interviews“ bzw. von Informationen überhaupt ein gleichermaßen medienökonomisches wie auch medienethisches Problem, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des modernen Journalismus zieht. Die hier zitierten Äußerungen von Hasselbach verweisen aber noch auf ein weiteres, für das Thema meines Beitrages wichtigeres Problem, nämlich inwieweit durch solcherart Berichterstattungen erst Fakten geschaffen wurden, die es ohne die jeweiligen Berichterstattungen gar nicht in diesem Umfang gegeben hätte?

Es sie hier an die agenda-setting-Theorie erinnert.

Aus meiner Sicht spricht allerdings vieles dafür, dass die Medien mit ihrer Berichterstattung über den Rechtsradikalismus solcherart extreme politische Haltungen weder geschaffen noch verstärkt haben. Zu fragen bleibt, ob die Gewichtungen in der Darstellung politischer Ereignisse immer angemessen waren bzw. sind (Stichwort: Sebnitz!) und ob die

Berichterstattungen den Rechtsradikalen selbst nicht einen gesellschaftlichen Wert/ Bedeutung beimaßen, den sie beim besten Willen nicht hatten bzw. haben. Also eher deren Selbstwertgefühl stärkten als zur Verbreitung ihrer extremistischen Ideen beizutragen? Eine Frage, die immer wieder auf Tagungen und Workshops diskutiert und in vielen Publikationen zu beantworten versucht wird.

Auch auf den Tutzinger Medientagen im März 2001 mit dem Thema „Rechtsextremismus – wie reagiert das Fernsehen?“ wurde diese Frage diskutiert.

Dem Tagungsbericht von epd medien ist zu entnehmen, dass „die Medien, Thema Sebnitz, ‚allesamt nahezu einer Hysterie verfallen‘ (sind), sagte auch Achim Tirocke, stellvertretender Chefredakteur RTL, und wer seinen Namen bisher nicht kannte, kennt ihn jetzt: ‚DSR‘ heißt Tirockes Formel, ‚Drehen-Senden-Recherchieren... ‚VDMS‘ wäre auch eine passende Formel nicht nur für so manche ‚Rechts‘-Reportage, die öffentlich-rechtlich gesendet wird: ‚Vorgefasste Meinung-Drehen-Senden“...

Stiefel, Stiefel, Stiefel, Glatzen, Glatzen, Neonazis marschieren, Fahnen, Flash-Zooms, Zeitlupen, dazu grölende Männer und dumpf-dröhnende Musik? Als seien die Fernsehmacher selbst der faschistischen Ästhetik erlegen. ‚Ästhetische Komplizenschaft‘ nannte das Johanna Haberer, die evangelische Rundfunkbeauftragte“. Diskutiert wurde auch darüber, ob der in der „Big-Brother-Gesellschaft“ dominierende Wunsch nach Medienpräsenz nicht am Zeigen rechtsradikaler Symbole mit Schuld sei: Der Hitler-Gruß als eine Garantie für Medienpräsenz... Der Fall Sebnitz mit den „zufällig“ vorbei laufenden Jugendlichen, die der hinter dem Apothekenfenster stehenden Kamera das „Sieg Heil“ lieferten, hat nicht nur bei mir Fragen nach medialen Konstruktionen von gewünschten Wirklichkeiten gestellt.

Führt der „Bilderzwang“ der Medien dazu, „Actionfilm-Ästhetik“ anstatt politischer Auseinandersetzung, Vorurteile anstatt Argumente abzuliefern?

Aber, und das halte ich für notwendig zu diskutieren, es gab auch keine nennenswerte medienpädagogische Kritik an dieser Form der Öffentlichkeitsbenachrichtigung in den Fällen Sebnitz. Und Düsseldorf...

Dies sah anders aus bei Bohnenengels Film „Beruf: Neonazi“ bei Thomas Heises „Stau – Jetzt geht’s los“ und auch bei den Bildern aus Palästina nach den Anschlägen in den USA.

2. Rückblick auf die filmische Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen in den neunziger Jahren, oder: Rostock, Mölln und Solingen - vom Versagen der Gesellschaft

Rostock-Lichtenhagen (22. bis 24. August 1992,) Mölln (23. November 1992) und Solingen (29. Mai 1993) waren gewissermaßen der „Urknall“ des Themas „Rechtsradikalismus“ in den Medien des nun vereinten Deutschlands.

In Rostock-Lichtenhagen waren Kameras dabei, als es darum ging, demokratieungeübte „Normalos“ und perspektivlose junge Leute zu zeigen, die ein Ausländerwohnheim in Brand setzten. Nach jahrzehntelang verordneter Solidarität mit Vietnam und den „unterdrückten Völkern“ Afrikas sollten nun deren Vertreter für das eigene Angepasstsein vor der Wende und die eigene Hilflosigkeit mit den neuen Lebensbedingungen büßen. Der Beifall der „Normalos“ für diese Untat entsetzte zu Recht die neue BRD, die action- und nicht hilfeorientierte Berichterstattung wurde kaum thematisiert, geschweige denn kritisiert. Die Frage, warum Journalist/innen zwar über die bedrohten Vietnames/innen in Bild und Ton berichteten, aber selbst nichts gegen diese Bedrohung taten, ist wohl nicht nur ein medienethisches Problem. In Mölln konnten nur noch das schreckliche Ergebnis eines erneuten Brandanschlages und das Entsetzen der Politik dokumentiert werden.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein sprach davon, dass „das deutsche Ansehen weltweit durch barbarische Rotzlöffel in den Dreck gezogen wird“, die „nicht mehr Hirn im Kopf als Haare auf der kahlrasierten Glatze (haben)“. Die Bilder vom beschädigten Industrie- und/ oder Tourismusstandort beeinflussten seitdem ebenso die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen wie das vom Spatzenhirn

mit z.T. fatalen Folgen. Zum einen wurden z.B. Filme, die die Vielschichtigkeit und damit auch demagogische und/ oder intellektuelle Gefährlichkeit von Neonazis zeigten, pauschal diffamiert. Es sei hier an die nicht nur für manche Filmpublizist/innen unwürdigen Debatten und Boykottaufrufe gegen Filme, wie „Beruf: Neoanazi“ (RE: Winfried Bonengel) und „Der Stau – Jetzt geht's los“ (RE: Thomas Heise) erinnert. Kraft Wetzel resümierte diese Entwicklung in einem Beitrag für „Film und Fernsehen“ u.a. folgendermaßen:

„Es waren dann auch linke Autonome, die im November 1992 die erste Aufführung von ‚Stau – Jetzt geht's los!‘ im Berliner Ensemble verhinderten und die im Dezember im ‚Babylon‘ Stinkbomben warfen. Niemand sollte diese ‚Nazis‘ so wahrnehmen können, wie sie Thomas Heise in diesem Dokumentarfilm gesehen hatte: als ‚ganz normale‘ Menschen, als junge Männer mit Müttern, Freundinnen und komischen Mühen beim Marmorkuchen-Backen. Inzwischen ist dieser Affekt gegen die Empirie, die schiere Anschauung der Sache in der ‚liberalen Öffentlichkeit‘ Deutschlands endemisch geworden...

„Eine bemerkenswerte Allianz nahezu aller Stützen der Gesellschaft hatte – nach zahllosen Debakeln in der politischen Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsextremismus – höchst unerwartet antifaschistische Betroffenheit zur Schau gestellt und mit standrechtlicher Reibungslosigkeit ein Stück Öffentlichkeit zur Strecke gebracht“ resümierte Klaus Kreimeier im ‚Freitag‘ dieses ‚Bilderverbot‘. ‚Der Ruf nach Filmzensur‘ sei ‚ein billiges Surrogat für Nichthandeln und falsches Handeln in der Politik. Anstatt einem Demagogen wie Althans das Handwerk zu legen, wird ein Film als ‚gefährlich‘ denunziert, der die Gefahr vor Augen führt und ins Bewusstsein hebt‘. Diese seltsame Allianz des Wegschauens aus klammheimlicher Rücksichtnahme von rechts und Popanz-Beschwörung von links liegt unter anderem der aktuelle Generalkonsens unserer politischen Klasse zugrunde: Die wirklichen Probleme sind nicht mehr zu lösen, sondern nur noch entweder zu verdrängen oder zu verwalten“ (Wetzel 1994, 6).

Ich erinnere mich aber auch an Seminare mit Studierenden in Leipzig und Potsdam sowie an Podiumsdiskussionen zu diesen und anderen Filmen über die angesprochene Thematik, in denen durchaus zwischen Botschaft und Bote differenziert wurde. Darin eingeschlossen konnten selbstverständlich kritische Positionen gegenüber einzelne Gestaltungsmittel sein, z.B. die gelegentlich „heroisierende“ Kamera in „Beruf Neonazi“.

Es gab in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Vielzahl von interessanten Spiel-, Dokumentar- und Fernsehfilmen, die sich in gekonnter Weise mit dieser Thematik auseinandersetzten. Neben den genannten beiden Dokumentarfilmen möchte ich noch verweisen auf:

„Herzprung“ (RE: Helke Misselwitz), „Nordkurve“ (RE: Adolf Winkelmann), „Terror 2000“ (RE: Christoph Schlingensiefel), „Der Papagei“ (RE: Ralf Hüttner), „Unsere bösen Kinder“ (RE: Karl-Heinz Lotz) und nicht zuletzt auf „Schwarzfahrer“ (RE: Pepe Danquart). Bemerkenswert daran ist, dass diese interessanten – auch weil durchaus widersprüchlichen – Filmangebote innerhalb der Vielzahl von immer wieder aufgelegten staatlichen und/ oder politischen Kampagnen und Förderprogrammen nur eine eher marginale Rolle spielten. Das heißt, dass das Vertrauen in filmische Auseinandersetzungen mit rechtsradikalen Erscheinungen seitens der Politik offenbar nicht sehr hoch war bzw. immer noch ist, während es andererseits seit Mölln und Rostock-Lichtenhagen eine Vielzahl von hoch finanzierten politischen Kampagnen gab, die ob eben dieses Kampagnencharakters wahrscheinlich weniger wirksam sein konnten (es sei hier nur an die vielen Fernseh- und Hörfunkspots aber auch an Anzeigenkampagnen und Plakate erinnert, die für mehr Toleranz und gegen Rechtsradikalismus eintraten).

Wie angesagt dieses Thema in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war, zeigt sich nicht zuletzt auch in einem Beschluss des Rundfunkrates des WDR vom 16. Dezember 1993, in dem u.a. festgehalten ist:

„Mitverantwortlich für die aktuellen Ereignisse ist die wachsende Akzeptanz von Gewalt als Problemlösungsstrategie, die Drahtzieher bleiben oft im Hintergrund. Im Mittelpunkt vieler wissenschaftlicher Erklärungsmuster für die Zunahme rechtsextremistischer Aktionen stehen soziale Ursachen, etwa fehlende Wohnungen und Jobs oder geringe Zukunftsaussichten für die Jugend. Staat die Komplexität der Probleme zu ertragen und adäquate Lösungen zu erarbeiten, werden einfache Antworten gesucht...

- Es ist davon auszugehen, daß die Berichterstattung zu Nachahmungstaten führen kann, Sympathisanten mobilisiert, rechtsextremistisches Gedankengut popularisiert. Dennoch darf das Problem nicht totgeschwiegen werden....
- Über Rechtsradikale soll nicht nur dann berichtet werden, wenn es sich um eine Ausnahmesituation oder Katastrophe handelt. Über ihr alltägliches Leben, ihre politischen Vorstellungen und das gesellschaftliche Umfeld soll informiert werden

....

- Immer wieder ist zu hinterfragen, inwieweit das Medium mit dazu beiträgt, Handlungsbereitschaft zur Gewalt zu erzeugen bzw. diese Gewalt zu akzeptieren...
- Es muß strikt vermieden werden, daß die Medien rechtsradikale Gewalttaten inszenieren oder stärken.

...

Journalistinnen und Journalisten sind nicht nur beschreibende und darstellende Chronisten der politischen und gesellschaftlichen Realität, sie sind auch Akteure und können gar zu Tätern werden. Sie haben auf die Verantwortlichkeit der Politik zu verweisen, aber auch Eigenverantwortlichkeit wahrzunehmen.“ (zitiert nach FUNK-Korrespondenz 1994, S. 33ff.)

Wie bereits weiter oben kurz angedeutet, wird seit Beginn der neunziger Jahre immer wieder eine besondere Affinität ostdeutscher Jugendlicher zum Rechtsradikalismus diskutiert. Als eine Begründung wird das frühere Leben in autoritären Strukturen angeführt. Ohne die Relevanz dieser These hier diskutieren zu können und zu wollen, möchte ich auf zwei Sachverhalte verweisen, die im Hinblick auf unser Thema von Interesse sein können. Zum einen zeigten schon empirische Zuschauerforschungen zu den DEFA-Filmen „Ich war 19“ und „Mama, ich lebe“ (RE: jeweils Konrad Wolf) und „Der Aufenthalt“ (RE: Frank Beyer),

dass bei einem kleinen Teil der Jugendlichen in der DDR durchaus eine Akzeptanz von Denk- und Verhaltensweisen der Faschisten nachweisbar waren:

„Eine 1986 anlässlich des Wiedereinsatzes des Konrad-Wolf-Films ‚Ich war 19‘ realisierte empirische Rezeptionsstudie erbrachte erneut, wie schon in den Studien zu ‚Mama, ich lebe‘ (Regie: ebenfalls Konrad Wolf) und ‚Der Aufenthalt‘ (Regie: Frank Beyer), ein Ergebnis, das so gar nicht in das Bild von der antifaschistisch erzogenen und eingestellten Jugend bzw. Gesellschaft paßte:

Eine offene Frage zu dem, was im Film besonders gefallen hatte, nutzten 3 % der Befragten zu einer „partiellen“ Huldigung der faschistischen Armee und 6 % fanden einen SS-Sturmbannführer sympathisch. Bemerkenswert außerdem: 1986 hielten es 8 % weniger Besucher als in der Erstuntersuchung zum Film im Jahre 1968 für richtig, daß Gregor als Deutscher als Mitglied der Roten Armee kämpft.

Bereits neun Jahre früher gab es in der Studie zu ‚Mama, ich lebe‘ Ergebnisse, die Sympathien mit Angehörigen der faschistischen Armee erkennen ließen. In der Studie zum Film ‚Der Aufenthalt‘ lehnte jeder sechste Kinobesucher eine Mitschuld des jungen Wehrmachtsangehörigen Marc Niebuhr an den Untaten des Faschismus ab, und 19 % glaubten nur bedingt, daß SS-Angehörige einen Angehörigen der Armee im polnischen Gefängnis schikaniert hätten.“ (Wiedemann 1998, 133f.).

Und zum anderen kannten die DDR-Jugendlichen bis 1989 bestimmte Völkergruppen nicht aus eigenem Erleben und Erfahren, sondern fast nur aus dem Fernsehen und anderen Medien. Woher konnte dann schon im September 1990 bei der Noch-DDR-Bevölkerung eine auffallend kritische Haltung z.B. gegenüber Türken kommen? (vgl. Friedrich/ Schubarth 1991, 1057) In diesem Zusammenhang müsste auch einmal untersucht werden, welches Bild von Ausländer/innen bis 1990 im bundesdeutschen Rundfunk präsentiert wurde und wie dies auf junge Leute wirkte, die keine eigenen Erfahrungen mit diesen sammeln konnten? Zweifellos spielen hier auch das Wegbrechen von Sicherheiten, der Verlust von Werten und Arbeitsplätzen und das rasche Erwachen aus dem Traum vom Paradies nach der Wende eine Rolle...

Ein drittes Problem ist das der Einstellungen gegenüber Fremden und das von deren Darstellung in den Medien überhaupt. Der Kommunikationswissenschaftler Georg Ruhrmann hat 1997 im Ergebnis einer Auswertung verschiedener Forschungsergebnisse nüchtern

konstatiert, „daß die Medien ein eher negatives Image der hier lebenden Ausländer vertreten, wie neun Thesen verdeutlichen:

1. Wenn überhaupt über ‚ausländische‘ Arbeitnehmer berichtet wird, dann häufig im Zusammenhang mit *Kriminalität*.
2. Bestimmte, unerwünschte Nationalitäten werden *überrepräsentiert*.
3. Die Medien definieren das ‚Ausländerproblem‘ in ein ‚*Türkenproblem bzw. Asylantenproblem*‘ um.
4. Boulevardmagazine und -formate berichten über besonders ‚fremd‘ erscheinende Kulturen in einem *exotischen* Rahmen.
5. Die Berichterstattung über Ausländer orientiert sich an *aktuellen Ereignissen* und vernachlässigt Hintergrundinformationen.
6. Negative Ereignisse werden *dramatisiert* und können die weitere Entwicklung eskalieren.
7. Die Folgen weltweiter *Migrationsprozesse* und das Entstehen multikultureller Tendenzen werden in einer Semantik der Gefahren präsentiert
8. Ignoriert wurden in Politik und Wissenschaft Ursachen *rechtsradikaler Entwicklungen* sowie ihr Übergang in die Sektenszene.
9. Wenn interaktive Medien und Netze neuartige Foren von Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit bieten, so ist normalerweise erwartbar, daß auch diverse Extremisten zu spezifischeren *Foren und Formen der Selbstdarstellung* übergehen.“(Ruhmann 1998, 40)).

Sicher treffen die hier zitierten Thesen teilweise auch auf die Darstellung des Rechtsextremismus in den Medien zu.

Zum Problemkreis ‚Darstellung des Fremden in den Medien‘ als einer Konstituenten des Themas ‚Rechtsorientierung und Medieneinfluss‘ gehören sicher auch die angebotenen Rollengestaltungen für „Fremde“ sowie der Einsatz ausländischer Darsteller/innen in deutschen Kino- und Fernsehfilmen. Beispielhaft sei hier nur auf die im (west-)deutschen Film seit 1945 vorkommenden Rollen für Schwarze oder an die Darstellung von Russen im Fernsehkrimi seit 1990 erinnert. Offenbar tut sich der deutsche Kino- und Fernsehfilm sehr schwer mit der Darstellung des Fremden im eigenen Lande und ist insofern vielleicht doch ein wichtiger Indikator und Quelle für das Leben in Deutschland?

Diese Frage kann und soll hier nicht weiter thematisiert werden, obwohl sie für das Thema Rechtsextremismus von erheblicher Relevanz ist, weil dieser „medialer Nationalismus“ kaum zu einer toleranten Haltung gegenüber dem Fremden beiträgt bzw. sogar auffordert.

3. Das Internet als rechtsfreie Plattform des Rechtsradikalismus?

Nicht erst seit der Aktion „Netz gegen Rechts“ ist bekannt, dass das Internet gegenwärtig zu den wichtigsten Möglichkeiten gehört, rechtsradikales Gedankengut zu verbreiten. Nach Recherchen des Bundesinnenministeriums gibt es derzeit rund tausend deutsche Seiten mit rechten Inhalten, davon sind etwa 15 bis 20 Prozent strafrechtsrelevant. Bei der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter gingen im Jahr 2000 131 Beschwerden gegen Webseiten mit rechtsradikalen Inhalten ein. Die schwierige rechtliche Situation und die ebenso komplizierten Kontrollmöglichkeiten erleichtern entsprechende Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen. Anders als bei den eben benannten Promotionen rechtsradikaler Personen ist im Internet allerdings die Wahrscheinlichkeit relativ gering, bei etwa 4 Millionen Domains zufällig auf ein entsprechendes Angebot rechtsradikaler Gruppen zu stoßen. Inwieweit mediale Berichterstattungen über solche Angebote auch zu deren Verbreitung beitragen, kann hier nur vermutet werden.

Im Netz gegen Rechts gibt es eine Vielzahl von interessanten Beiträgen, die sich mit den Machenschaften der rechten Szene beschäftigen und zumeist sehr sparsam mit Verweisen auf entsprechende Websites sind, ohne dabei die journalistische Nachweispflicht zu verletzen. Da hier nicht alle Probleme des Netzes diskutiert werden können, soll der folgende Beitrag aus dem Tagesspiegel als ein Beispiel angeführt werden.

„Rechtsradikale nutzen die Anonymität und Uniformität des Netzes

Jens Siefert, einer der bekanntesten Nazis Hamburg, ist Internet-Provider geworden. Seine Firma Netzpunkt (www.netzpunkt.net) in der Hamburger Eiffestrasse sitzt dort, wo Siefert seit längerer Zeit auch das so genannten Nationale Infotelefon Hamburg (NIT) betreibt. Die unverfängliche Website der New-Nazi-Economy verzichtet auf die in diesem Milieu übliche Tümelei. Das Internet heißt dort nicht „Weltnetz“, und der potenzielle Kunde findet nur „Verweise“ auf Software-Firmen und Computerzeitschriften. Es gibt sogar einen ganz undeutschen „Test-Shop“. Der Macintosh-Fan Siefert gehört zu einer braunen Seilschaft, die seit Jahren die neuen Medien für die ultrarechte Szene hoffähig macht. Der Rechtsextremist ist nach eigenen Angaben bereits seit Mitte 1995 online. 1998 war er Mitunterzeichner eines offenen Briefes an die Firma Apple „In Sorge um die Zukunft der Macintosh-Plattform in Deutschland“. Heute ist er auf Linux umgestiegen und auch etwas flexibler, was seine Kundschaft angeht: „Jeder kann Programme, Webspaces und Services bei mir

kaufen, unabhängig von Religion, Hautfarbe, Abstammung, Weltanschauung oder sexueller Ausrichtung.“

Auschwitz-Mythos

Jens Siefert ist der Spezialist für die Technik, insbesondere für die Nationalen Infotelefone. Bei diversen Schulungen durch das Landesarbeitsamt erwarb er sich auch die Kenntnisse, die man als brauner ISP braucht. André Goertz, einer seiner Vertrauten, organisiert die Inhalte des zur Zeit bedeutendsten rechten Portals seines NIZ-Verlages.

1995 standen Siefert und Goertz gemeinsam vor Gericht, weil ein Staatsanwalt meinte, der Begriff „Auschwitz-Mythos“, der in der Nazi-Szene ironisch gebraucht wird, müsse strafrechtlich verfolgt werden. Thorsten Lemmer puscht mit seinem Vertrieb „Moderne Zeiten“ und seinem Hochglanz-Musikmagazin Rocknord Nazi-Pop in den Mainstream. Thorsten Lemmer ließ sich schon vor drei Jahren von Siefert den WWW-Auftritt gestalten. Damals hieß „Netzpunkt“ allerdings noch „Skuld“. Daher stammt eine von Sieferts früheren E-Mail-Adresse: skuld@nit.de. Einer der ersten Online-Auftritte der deutschen Nazi-Szene war das „Abendland“-Projekt, gefordert durch die braune Medien-Dreieinigkeit NIZ, „Moderne Zeiten“ und „Rock Nord“.

So schnell vergisst jemand wie Siefert seine einschlägige politische Sozialisation nicht. Sie führte ihn über die heute verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei zu den Jungen Nationaldemokraten, dann zu den „freien Kameradschaften“. Seine Infotelefone forderten im Herbst 1993 die „Kameraden“ bundesweit auf, gegen die politischen Gegner aktiv vorzugehen. Im „Einblick“, einer Namensliste von Nazi-Gegnern mit Adressen, forderte die Anti-Antifa, den dort Genannten „unruhige Nächte“ zu bereiten.

Die „Kameraden“ der Medien-Seilschaft sind jedoch dem Stiefelfaschisten-Alter entwachsen. Mit Glatze und Skinhead-Proll-Manieren verschreckt man ja meistens doch nur die Kunden. Deswegen grenzen sich die Herren vornehm auch von „der Szene“ ab. Man nennt sich schon „progressiver Nationalist“. Das hindert Jens Siefert aber auch nicht daran, mit „der Szene“ Geld zu verdienen: Er gestaltete beispielsweise die Website des „Club88“ in Neumünster und des „Bündnis Rechts für Lübeck“. Computerprogramme, sagt Jens Siefert, seien ja „weder rechts noch links“. Dass auch Nazis sich der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus bedienen, ist nur für denjenigen verwunderlich, der meint, Rassisten und Antisemiten wären automatisch dumm und sähen dann auch so aus. Jens Sieferts Firma ist auch nicht die

erste dieser Art, wie antifaschistische Rechercheure in der fido.ger.antifa vor einigen Wochen aufgeregt mitteilten.

Symptom, nicht Ursache

Schon Mitte der neunziger Jahre arbeiteten zwei Sysops des Nazi-Mailboxverbundes Thule-Netz in Computerfirmen, einer sogar als Chef. Die NPD lässt ihre Website von WoBo-Design in Bochum gestalten. Und die Warnung, die Nazis würden „Passwortgeschützte Infos, E-Mails und SMS-Mailketten“ benutzen, klingt wie die übliche sinnfreie Verfassungsschutz-Lyrik zum Thema Internet. Nazis nutzen schon auch Telefonapparate.

New-Economy-Nazis ohne Glatze sind gut. Sie beweisen eins: Nazis sind nur ein Symptom, nicht die Ursache des Alltags-Rassismus. Und warum sollte die Beschäftigung mit professioneller Software davor schützen, politisch keinen Durchblick zu haben?“ (Schröder 2001)

Der von B. Schröder benannte Alltagsrassismus war schon weiter vorn kurz andiskutiert worden. Ein wichtiges, weil wenig öffentliches Betätigungsfeld für den alltäglichen Rassismus stellen offenbar auch Netzspiele dar (bekennende Rassist/innen suchen hingegen die Öffentlichkeit und die Provokation). Obwohl der Leiter von „Jugendschutz net“ zurecht feststellt, dass die (Mit-)Spieler solcher Netzangebote kein „geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“ haben, warnt er ebenso berechtigt vor den Communities, „in denen sich Gleichgesinnte treffen und in ihrem Weltbild bestärken, (diese) können so etwas wie Keimzellen für den organisierten Rechtsextremismus sein“ (Der Tagesspiegel, 7.2.2001).

Diese wenigen aus dem Jahr 2001 stammenden Zeitungsbeiträge kennzeichnen doch eine gewisse Hilflosigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus im Netz. Ein Sachverhalt, der im Übrigen für den Schutz vor Kinderpornografie oder Gewaltverherrlichung im Netz ebenso zutrifft.

Insofern dürfte eine Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Meinungen im Netz, wie mit anderen radikalen Ideen übrigens auch, zukünftig wieder stärker von der politischen und Medienkompetenz der Nutzer/innen und weniger von journalistischen Diskursen abhängig sein. Das sollte die „klassischen“ Medien nicht zu einer weiteren Ausprägung und Huldigung des DSR-Journalismus verführen und kann uns Rezipient/innen aber auch nicht von einer verantwortlichen und kompetenten Mediennutzung entbinden.

Abschließend hierzu:

Pro 7 veranstaltete im November 2000 einen Antifa-Tag, SAT 1 unterstützt Schüler unter dem Slogan „zeig’ Mut!“ beim Drehen von Videos, der ORB startete die Aktion „Ein Land für alle – Zu Hause in Brandenburg“, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels startete gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine Attacke gegen rechtes Gedankengut im Internet, und Stars wie Herbert Grönemeyer und Udo Lindenberg veranstalten Konzerte gegen Rechts. Fünf zufällig ausgewählte Beispiele für den „Aufstand der Anständigen“ in den Medien und gleichzeitig fünf Beispiele für eine fehlende Kontinuität und argumentative Konsistenz im Umgang mit rechtsradikalem Gedankengut. Dies soll allerdings nicht gegen solche Aktionen reden und nicht deren Notwendigkeit in Frage stellen, aber darauf aufmerksam machen, dass Mentalitäten und Alltagsgewohnheiten nur partiell durch Kampagnen geändert werden können.

Notwendiger ist

- eine kontinuierliche – argumentative – Auseinandersetzung mit Ursachen und Entwicklungen rechtsextremistischer bzw. extremistischer überhaupt, Denk- und Verhaltensweisen im Jugendalter;
 - Dazu gehört m.E. auch eine Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des „Alltagsextremismus“ in Wort und Bild. Eine Voraussetzung hierfür müssten u.a. Forschungsprojekte zur Herausbildung und Entwicklung entsprechender Denk- und Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen aber auch solche zur Analyse von Medienbeiträgen sein. Diese bieten sich auch aus medienpädagogischer Sicht ebenso an wie solche des alltäglichen Sprachgebrauchs als Voraussetzung für das Erkennen und Verändern entsprechender Denk- und Verhaltensweisen.¹ –
- eine medialer Berichterstattung über das Thema, die Vorurteile ebenso vermeidet wie einen „DSR-Journalismus“;
 - Besonders problematisch scheint, dass auch in den fiktionalen und Unterhaltungsangeboten des Fernsehens offenbar implizite Vorurteile gegenüber dem „Fremden“ bedient werden. Aus medienpädagogischer Sicht bieten sich auch hier wiederum Analysen von Nachrichten und fiktionalen Angeboten an, z.B. Darstellung und Darsteller/innen des Fremden in deutschen Film- und Fernsehbeiträgen. Diskussionswürdig auch: Die Darstellung des und Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus in den Medien (Stichworte: „Glatze und kleines Gehirn“, „ästhetische Komplizenschaft“, Nachrichtenwert des Hitlergrusses etc.). –

¹ Einige interessante Projekte sind in dieser Publikation angeführt.

- eine frühzeitige Entwicklung von Medienkompetenzen und politischen Schlüsselqualifikationen.
 - Insbesondere die Entwicklungen im Netz zeigen, dass Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes allein nicht ausreichen, um eine Propagierung rechtsextremistischer Pamphlete zu verhindern. –

Aus medienpädagogischer Sicht ist die Herausbildung und Entwicklung der Medienkompetenz eine der Schlüsselqualifikation für die Medien- und Wissensgesellschaft (Baacke 1997 und 1999, Wiedemann 2001). Diese bietet gleichermaßen Handlungsorientierungen und -anleitungen für die Analyse des Zusammenhangs von „Rechtsorientierung und Medieneinfluss“, d.h. sie sind eine Form der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Literatur:

- Baacke, Dieter/Schnatmeyer, Dorothee (1997): Neue Medien - neue Gesellschaft?. Schriften zur Medienpädagogik 25..
- Baacke, Dieter/ Lauffer, Jürgen/ Thomsen, Maja (1999): Ins Netz gegangen. Schriften zur Medienpädagogik. 29.
- Friedrich, Walter/ Schubarth, Wilfried (1991): Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen, in: Deutschland Archiv, 10/1991, S. 1057.
- FUNK-Korrespondenz (1994): Nr. 3/21. Januar 1994, S. 33ff.
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen.
- Ruhrmann, Georg (1998): Mediendarstellungen von Fremden. Images, Resonanzen und Probleme. In: Siegfried Quandt/ Wolfgang Quast (Hrsg.): Deutschland im Dialog der Kulturen. Konstanz, S. 40.
- Schröder, Burkhard (2001): In: Der Tagesspiegel v. 4.5.2001.
- Wetzel. Kraft (1994): Böse Deutsche? Rechte Gewalt im Spiegel neuerer deutscher Filme. In: Film und Fernsehen. Heft 3, S. 6.
- Wiedemann, Dieter: DDR-Jugend als Gegenstand empirischer Sozialforschung. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band VI. Zweiter Teilband. München 1998, S. 133f.
- Wiedemann, Dieter (2001): Medienkompetenz und moderne Kommunikationstechnologien. In: Palme, Hans-Jürgen/Basic, Natasa (Hrsg.): Medienkompetenz Version 2002, Bielefeld, Schriften zur Medienpädagogik 32.

- Zabka, Gisela (2001): Tutzinger Medientage: Rechtsextremismus im Fernsehen. epd medien.